

Eckart Kuhlwein

Parl. Staatssekretär a.D., Ex-MdB, Mitglied von DL21, Bundesparteitagsdelegierter, stellvertretender Vorsitzender der Kontrollkommission, 43 Jahre SPD-Mitglied

Über die Glaubwürdigkeit

"Verhindern Sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wählen Sie am 18. September SPD."
Aus einem Flugblatt der SPD-Parteivorstands vom September 2005

"Wir haben die Erhöhung der Umsatz- und der Versicherungssteuer beschlossen - und dabei bleibt es."
Bundesfinanzminister Peer Steinbrück am 28. März 2006 vor dem Deutschen Bundestag

"Ich bleibe dabei: Dass wir oft an Wahlkampfaussagen gemessen werden, ist nicht gerecht."
Vizekanzler Franz Müntefering am 5. September 2006 in Berlin

Vom Umgang mit der sogenannten Linken

- I. Nun melden sich wieder alle ungefragt zu Wort, die es immer schon besser wussten: Die Bezieher sozialdemokratisch verursachter Pensionen aus dem Off, die rechten und vernetzten Flügelmänner, die anonymen Bundestagsabgeordneten und die von keinem Parteitag legitimierten Geschäftsführer. Und alle befeuern sie eine von "BILD" angeführte Kampagne willfähriger Medien, der SPD einen grundlegenden Strategie-Konflikt aufzuschwatzen, dessen Opfer der Parteivorsitzende werden soll. Ihr übereinstimmende Botschaft lautet: "Spielt nicht mit den Schmuttelkindern von der Linken."
- II. Dass der vorläufige Aufstieg der sich selbst so nennenden Partei "Die Linke" mit politischen Versäumnissen der SPD zu tun hat, die sie selbst mit verursacht bzw. nicht korrigiert haben, will diese BILD-Flüsterern nicht in den Kopf. Dabei war das schon längere Zeit abzusehen. Wenn die SPD den Platz links neben sich programmatisch und im politischen Handeln vakant lässt, wird sich dort eine neue Kraft etablieren. Andere sozialdemokratische Parteien in Europa – zumal in Skandinavien – haben diese Erfahrung auch machen müssen. In Deutschland wurde die Spaltung des linken Spektrums noch dadurch erleichtert, dass die PDS mit ihren fest gefügten Strukturen in Ostdeutschland mehr als die halbe Miete einbrachte. Man machte es sich zu einfach, die Ursache für diesen Prozess nur in der "Agenda 21" zu suchen. Aber richtig ist, dass die SPD seit der Regierung von Gerhard Schröder einen Teil ihrer sozialen Grundkompetenz – und damit wirklich der "Glaubwürdigkeit" - eingebüßt hat. Mit neoliberalen Parolen im Kampf um die "Mitte" musste die Zustimmung bei vielen verloren gehen, die eine gerechtere Gesellschaft brauchen und von der SPD erwartet hatten.
- III. Kurt Beck hat diesen Prozess – jedenfalls vorläufig – noch nicht umdrehen können. Er hat die Weichen trotzdem vorsichtig neu gestellt. Das Hamburger Programm ist ein Markstein dafür, dass der SPD die Visionen von einer sozial gerechteren Welt nicht ausgegangen sind. Die Partei hat damit ein festes Fundament, das hoffentlich auch überall Leitlinie für die politisch Handelnden wird, die es sich nicht unter das Kopfkissen legen, sondern vor wichtigen Entscheidungen darin nachlesen sollten. Das Hamburger Programm ist das Programm der linken Volkspartei und wendet sich an die solidarische Mehrheit. Es erhebt den Anspruch, dass links neben uns keine andere Partei erforderlich ist.
- IV. Nun gibt es aber eine Partei mit diesem Anspruch und sie sitzt nicht nur in Ostdeutschland in allen Landtagen, sondern neuerdings auch mit vier Fraktionen im Westen. Und sie hat in ihren Wahlprogrammen eine Menge von dem geklaut, was

sozialdemokratisches Herzblut bedeutet und wäre damit ein interessanter Partner für politische Mehrheiten links von der Mitte. Die Gretchenfrage an die SPD ist nicht, wie wir es mit einer "bunten Truppe" (im Westen) oder den SED-Nachfolgern (im Osten) halten, sondern ob wir damit faktisch akzeptieren, dass es mit dem linken Alleinvertretungsanspruch der SPD in der Bundesrepublik vorbei ist. Der Vormarsch der "Linkspartei" im Westen scheint irreversibel zu sein, auch wenn die Hoffnung zuletzt stirbt. Deshalb darf es keine neurotischen Zuckungen geben, sondern einen pragmatischen Umgang mit dem neuen Phänomen.

- V. Die Haltung vieler SPD-Funktionäre indes ist höchst widersprüchlich: In Ostdeutschland (inklusive Koalition in Gesamt-Berlin) ist die "Linke" (früher PDS) ein weitgehend akzeptierter Partner – trotz ihrer SED-Vergangenheit und obwohl die bekennende Kommunistin Sahra Wagenknecht für sie im Europa-Parlament sitzt. Reinhard Höppner hat es mit der Tolerierung versucht, Christoph Matschie strebt unter seiner Führung eine Koalition mit ihr an, Harald Ringstorff hat mit ihr gemeinsam erfolgreich regiert. In Westdeutschland soll das nicht möglich sein, weil einige SED-Epigonen aus der DKP mitmischen, einer Partei, die für Mauer, Stacheldraht und Stasi verantwortlich gemacht wird. Und weil sie hier ein Gemisch aus allen möglichen ehemaligen K-Gruppen-Mitgliedern und sonstigen Fundamentalisten (daneben auch abtrünnigen SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären) darstellt. Und natürlich: Weil der schmachvolle Oskar Lafontaine als Beelzebub an der Spitze steht.
- VI. Als 1983 die damals sehr bunte Truppe der "Grünen" (mit K-Gruppen-Vertretern und Revoluzzern) in den Bundestag einrückte, gab es auch schon mal eine Kontaktsperre für aufrechte Sozialdemokraten: Wenn diese Partei einen Antrag in den Bundestag einbrachte, der aus SPD-Papieren abgeschrieben war, musste die Fraktion dagegen stimmen. Das waren so schreckliche Leute wie Antje Vollmer, Otto Schily, Petra Kelly, Joschka Fischer, Christa Nickels oder Hubert Kleinert. Nach und nach erst gewöhnte sich die Fraktion daran, dass man (in der Opposition) mit denen auch ab und zu gemeinsame Sache machen konnte. Und Hessen vorn: Holger Börner holte sie sogar in seine Landesregierung. Das Land hat es überlebt.
- VII. Kurt Beck war sicherlich nicht klug beraten, seinen Strategiewechsel wenige Tage vor den Wahlen in Hamburg durchsickern zu lassen. Aber deshalb hat er trotzdem Recht. Die Frage, mit welchen Partnern SPD-Politik am besten durchgesetzt werden kann, muss vor Ort entschieden werden. Dabei wird auch die Zuverlässigkeit von Personen und die Stabilität von Parteien eine Rolle spielen. Das wissen die Genossinnen und Genossen in den Ländern besser als die Zentrale in Berlin, die Seeheimer oder die Netzwerker. Eine Koalition mit der CDU Roland Kochs in Hessen wäre jedenfalls sehr viel unappetitlicher als der Tabubruch einer Minderheitsregierung, die sich von der "Linken" wählen lässt.
- VIII. Man kann das Fünf-Parteien-System in Deutschland verhindern wollen. Aber die Tatsachen sprechen (heute) dagegen. Die SPD muss sich deshalb auch vor der Bundestagswahl 2009 neue Optionen öffnen. Wer uns in den eigenen Reihen predigt, was auf keinen Fall geht, sollte Vorschläge machen, wie wir eine Mehrheit für unsere Programme jenseits großer Koalitionen finden. Wie wäre es denn, wenn wir vor Wahlen bei der bewährten Lesart blieben, dass erstens die Wählerinnen und Wähler über die möglichen Konstellationen entscheiden, und dass zweitens die SPD sich Partner suchen wird, mit denen sie möglichst viel von ihrem eigenen Programm durchsetzen kann.